

MARKUS MESSINGER

Rechtsunsicherheiten
bei internationalen
elektronischen
Handelsgeschäften

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

319

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

319

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Markus Messinger

Rechtsunsicherheiten bei
internationalen elektronischen
Handelsgeschäften

Ihre Reduktion unter Berücksichtigung des
deutschen, US-amerikanischen und
internationalen Vertragsrechts

Mohr Siebeck

Markus Messinger, geboren 1981; Studium der Rechtswissenschaften an der Leibniz Universität Hannover; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rechtsinformatik, Leibniz Universität Hannover; Forschungsaufenthalt an der Northwestern University, Chicago; Referendariat in Hamburg; 2013 Promotion; seit 2010 Rechtsanwalt in Frankfurt am Main.

e-ISBN PDF 978-3-16-153361-7

ISBN 978-3-16-153360-0

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2014 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Jahr 2013 von der Juristischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover als Dissertation angenommen. Die Arbeit ist auf dem Stand von Februar 2013, später veröffentlichte Literatur und Gerichtsurteile sind nur noch vereinzelt aufgenommen worden. Sie ist während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rechtsinformatik der Leibniz Universität Hannover, eines Forschungsaufenthalts an der Northwestern University, Chicago, meines Referendariats in Hamburg und meiner Tätigkeit als Rechtsanwalt in Frankfurt am Main entstanden.

Mein Dank gilt an erster Stelle meinem Doktorvater, Prof. em. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Kilian. Er hat bereits bei der Themenfindung hilfreiche Anregungen geliefert und immer wieder meinen Blick für die ökonomischen Grundlagen und technischen Zusammenhänge von internationalen elektronischen Handelsgeschäften geschärft. Insbesondere danke ich ihm für die Möglichkeit, im Jahr 2007 in Hannover eine internationale Expertenkonferenz zur „United Nations Convention on the Use of Electronic Communications in International Contracts“ begleiten zu können, die zahlreiche Denkanstöße für meine Arbeit geliefert hat. Prof. Dr. Axel Metzger, LL.M. (Harvard) danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens und sein Interesse an meiner Arbeit.

Bei Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Basedow, LL.M (Harvard) bedanke ich mich für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe „Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht“. Dem Deutschen Akademischen Austauschdienst schulde ich Dank für die Unterstützung meines Forschungsaufenthaltes an der Northwestern University, Chicago.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinen Eltern, Irene und Armin Messinger. Ihren Rückhalt und ihre bedingungslose Unterstützung während meiner gesamten Studien- und Promotionszeit werde ich nie vergessen. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Mit Abschluss dieser Arbeit bin ich in Gedanken auch bei meinen Großvater Gerhard Messinger. Er hat mein Studium und den Beginn meiner Promotionszeit mit großem Interesse und Stolz verfolgt, leider war es ihm nicht vergönnt, den Abschluss dieser Arbeit zu erleben.

Schließlich bedanke ich mich von Herzen bei meiner Frau Christiane Messinger für ihre liebevolle und selbstlose Unterstützung. Nur mit ihrer Rücksicht und ihrem Verzicht war es möglich, die Arbeit neben meiner Berufstätigkeit zu vollenden.

Frankfurt am Main, September 2014

Markus Messinger

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Kapitel 1: Einleitung.....	1
<i>A. Wirtschaftspolitische Ausgangsannahme</i>	4
<i>B. Rechtspolitische Ausgangsannahmen</i>	6
<i>C. Methodik und Gang der Untersuchung</i>	10
<i>D. Einschränkungen des Untersuchungsgegenstandes</i>	15
Kapitel 2: Definition internationaler elektronischer Handelsgeschäfte	17
<i>A. Handelsgeschäft</i>	17
<i>B. Elektronische Handelsgeschäfte</i>	21
<i>C. Internationale elektronische Handelsgeschäfte</i>	27
Kapitel 3: Ökonomische und technische Merkmale internationaler elektronischer Handelsgeschäfte.....	28
<i>A. Globalisierung der Märkte</i>	28
<i>B. Informatisierung von Transaktionen</i>	32
Kapitel 4: Juristische Regelungsansätze für internationale elektronische Handelsverträge.....	47
<i>A. Internationale Regelungsansätze</i>	48

<i>B. Regionale und nationale Regelungsansätze</i>	63
Kapitel 5: Neue Institutionenökonomik als theoretischer Bezugsrahmen	76
<i>A. Die Funktion von Informationen</i>	77
<i>B. Information und Transaktion</i>	78
<i>C. Der Inhalt der Neuen Institutionenökonomik</i>	79
Kapitel 6: Neue institutionenökonomische Analyse internationaler elektronischer Handelsgeschäfte	90
<i>A. Internationalität als Transaktionskostenfaktor</i>	90
<i>B. Informationstechnologie als Transaktionskostenfaktor</i>	95
Kapitel 7: Denkmodelle zur Bewältigung der Transaktionskostenproblematik	97
<i>A. Das Selbstverwaltungsmodell</i>	97
<i>B. Das Verrechtlichungs- und Nutzerschutzmodell</i>	116
<i>C. Zwischenergebnis</i>	116
Kapitel 8: Effizienz der bestehenden Rechtsregeln zur Reduktion von Rechtsunsicherheit	118
<i>A. Die Rechtslage aus Sicht der Unternehmen</i>	118
<i>B. Rechtslage</i>	120
Kapitel 9: Skizze ökonomisch effizienter rechtlicher Regelungen für internationale elektronische Handelsgeschäfte	410
<i>A. Akteure der Institutionenbildung und Institutionenanpassung</i>	410
<i>B. Art der rechtlichen Institution</i>	420

<i>C. Schaffung einer neuen rechtlichen Institution</i>	431
---	-----

Kapitel 10: Bewertung des ECC vor dem Hintergrund der Modellüberlegungen	469
---	-----

<i>A. Das ECC als begrenztes Einheitsrecht</i>	469
<i>B. Nicht erfasste Regelungsbereiche</i>	472
<i>C. Parteiautonomie</i>	473
<i>D. Lokalisierungsfragen</i>	474
<i>E. Formfragen</i>	476
<i>F. Elektronischer Vertragsschluss</i>	478
<i>G. Verhältnis zu anderen Regelwerken</i>	481
<i>H. Zwischenergebnis</i>	488

Kapitel 11: Zusammenfassung	490
--	-----

<i>A. Veränderung der Anforderungen an rechtliche Rahmenbedingungen durch die Globalisierung der Märkte und Informatisierung von Transaktionen</i>	490
<i>B. Bestehende juristische Regelungsansätze für internationale elektronische Handelsverträge</i>	491
<i>C. Rechtliche Rahmenbedingungen und Transaktionskosten</i>	491
<i>D. Das Selbstverwaltungsmodell</i>	492
<i>E. Effizienz der bestehenden Rechtsregeln zur Reduktion von Rechtsunsicherheit</i>	493
<i>F. Effiziente rechtliche Regelungen für internationale elektronische Handelsverträge</i>	503
<i>G. Bewertung des ECC</i>	506

Literaturverzeichnis	509
----------------------------	-----

Sachregister	537
--------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Kapitel 1: Einleitung	1
<i>A. Wirtschaftspolitische Ausgangsannahme</i>	<i>4</i>
<i>B. Rechtspolitische Ausgangsannahmen</i>	<i>6</i>
<i>C. Methodik und Gang der Untersuchung</i>	<i>10</i>
<i>D. Einschränkungen des Untersuchungsgegenstandes</i>	<i>15</i>
Kapitel 2: Definition internationaler elektronischer Handelsgeschäfte	17
<i>A. Handelsgeschäft</i>	<i>17</i>
<i>B. Elektronische Handelsgeschäfte</i>	<i>21</i>
I. Elektronischer Geschäftsverkehr	22
II. Arten elektronischer Handelsgeschäfte	25
<i>C. Internationale elektronische Handelsgeschäfte</i>	<i>27</i>
Kapitel 3: Ökonomische und technische Merkmale internationaler elektronischer Handelsgeschäfte	28
<i>A. Globalisierung der Märkte</i>	<i>28</i>
I. Die „erste“ Globalisierung im 19. Jahrhundert	28

II.	Faktoren der Globalisierung.....	29
III.	Ökonomische Folgen der Globalisierung der Märkte	29
IV.	Folgen für die rechtlichen Rahmenbedingungen internationaler elektronischer Handelsgeschäfte.....	30
<i>B. Informatisierung von Transaktionen.....</i>		<i>32</i>
I.	Konvergenz und Standardisierung.....	32
II.	Digitalisierung.....	34
III.	Cloud-Computing und Software-as-a-Service.....	36
IV.	Gefahr des unberechtigten Zugriffs und der Manipulation.....	37
V.	Wandel in den Organisationsformen für Transaktionen	41
	1. Organisationsform „Markt“	41
	2. Organisationsform „Unternehmen“	41
	a) Skalen- und Netzeffekte.....	41
	b) Virtuelle Organisationen.....	42
VI.	Folgen für die rechtlichen Rahmenbedingungen internationaler elektronischer Handelsgeschäfte.....	43
 Kapitel 4: Juristische Regelungsansätze für internationale elektronische Handelsverträge.....		
<i>A. Internationale Regelungsansätze.....</i>		<i>48</i>
I.	Spezifisches internationales elektronisches Vertragsrecht.....	48
	1. UN-Übereinkommen über den Einsatz von elektronischer Kommunikation bei internationalen Verträgen.....	48
	2. UNCITRAL-Modellvorschriften	51
	3. ICC eTerms	53
	4. Europäische EDI-Mustervereinbarung	54
	5. Lex Informatica.....	55
II.	Allgemeines internationales Vertragsrecht.....	57
	1. CISG	57
	2. UNIDROIT-Prinzipien für internationale Handelsverträge.....	58
	3. ICC International Commercial Terms	60
III.	Allgemeines internationales Prozessrecht	60
	1. New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.....	60
	2. Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen.....	62
	3. Europäische Mediationsrichtlinie	62
<i>B. Regionale und nationale Regelungsansätze.....</i>		<i>63</i>

I.	Europäische Union / Deutschland.....	63
1.	Gesetzliche Regelungen.....	63
2.	Deutscher EDI-Rahmenvertrag.....	67
II.	USA	69
1.	Gesetzliche Regelungen.....	69
2.	Principles of the Law of Software Contracts.....	73
3.	Model Electronic Data Interchange Trading Partner Agreement der American Bar Association.....	74
	Kapitel 5: Neue Institutionenökonomik als theoretischer Bezugsrahmen.....	76
	<i>A. Die Funktion von Informationen.....</i>	<i>77</i>
	<i>B. Information und Transaktion</i>	<i>78</i>
	<i>C. Der Inhalt der Neuen Institutionenökonomik</i>	<i>79</i>
I.	Definition „Institution“	79
II.	Positive und normative Analyse	81
III.	Methodologischer Individualismus, individuelle Nutzenmaximierung, begrenzte Rationalität und institutionenökonomischer Imperativ	81
IV.	Teilgebiete der Neuen Institutionenökonomik	83
1.	Transaktionskostentheorie	83
2.	Theorie der Verfügungsrechte	85
3.	Konsequenzen hoher Transaktionskosten und eines großen Maßes an externen Effekten	86
4.	Prinzipal-Agent-Theorie / Adverse Selektion	88
	Kapitel 6: Neue institutionenökonomische Analyse internationaler elektronischer Handelsgeschäfte.....	90
	<i>A. Internationalität als Transaktionskostenfaktor.....</i>	<i>90</i>
I.	Diversität des Rechts als Merkmal des internationalen Handelsverkehrs	90
II.	Das internationale Tauschdilemma	91
III.	Rechtsunsicherheitsebenen	93
	<i>B. Informationstechnologie als Transaktionskostenfaktor</i>	<i>95</i>

Kapitel 7: Denkmodelle zur Bewältigung der Transaktionskostenproblematik	97
<i>A. Das Selbstverwaltungsmodell</i>	97
I. Fallbeispiele für Institutionen der Selbstverwaltung	98
1. Gütesiegel	98
a) Funktionsweise	98
b) Effizienz	99
c) Zwischenergebnis	100
2. Reputations- und Feedbacksysteme	100
a) Das eBay-Reputationssystem	101
aa) Funktionsweise	101
bb) Effizienz	102
b) Theoretische Geeignetheit von Reputations-/ Feedbacksysteme	105
aa) Das spieltheoretische Modell von Ockenfels	105
bb) Kritik	107
II. Ablehnung einer reinen Lex Informatica	110
1. Cyberspace als eigenständiger Rechtsraum und die Konsequenzen	111
2. Entstehen von Sub-Regelsystemen	113
3. Kollisionen von nationalem Recht und Cyberlaw	114
4. Verstärkung von Marktmacht und „Amerikanisierung“	114
5. Zwischenergebnis	115
<i>B. Das Verrechtlichungs- und Nutzerschutzmodell</i>	116
<i>C. Zwischenergebnis</i>	116
 Kapitel 8: Effizienz der bestehenden Rechtsregeln zur Reduktion von Rechtsunsicherheit	 118
<i>A. Die Rechtslage aus Sicht der Unternehmen</i>	118
<i>B. Rechtslage</i>	120
I. Internationale Zuständigkeit	120
1. Rechtsquellen	121
2. Internationale Zuständigkeit nach der EuGVVO	122
a) Anwendungsbereich	122

b) Allgemeiner Gerichtsstand des Wohnsitzes,	
Art. 2 Abs. 1, 60 Abs. 1 EuGVVO	123
aa) Satzungsmäßiger Sitz, Hauptverwaltung und Hauptniederlassung einer am elektronischen Geschäftsverkehr beteiligten Gesellschaft oder juristischen Person..	123
(1) Satzungsmäßiger Sitz	123
(2) Hauptverwaltung	124
(3) Hauptniederlassung	124
(4) Sonderfall: Virtuelle Unternehmen	126
bb) Grenzüberschreitender Bezug	127
cc) Zwischenergebnis	128
c) Besonderer Gerichtsstand des Erfüllungsortes,	
Art. 5 Nr. 1 EuGVVO	128
aa) Gerichtsstand am Liefer- oder Dienstleistungsort,	
Art. 5 Nr. 1 lit. b EuGVVO	129
(1) Erfüllungsort beim elektronischen Kaufvertrag über eine bewegliche Sache,	
Art. 5 Nr. 1 lit. b 1. Spiegelstrich EuGVVO.....	130
(a) Elektronischer Kaufvertrag über eine bewegliche Sache	130
(aa) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut	130
(bb) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	130
(b) Bestimmung des Lieferortes	133
(aa) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut	134
(bb) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	134
(2) Erfüllungsort beim elektronischen Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen,	
Art. 5 Nr. 1 lit. b 2. Spiegelstrich EuGVVO.....	135
(a) Elektronischer Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen	135
(aa) Elektronischer Vertrag über nicht digital erbrachte Dienstleistung	135
(bb) Elektronischer Vertrag über digital erbrachte Dienstleistung	135
(b) Bestimmung des Dienstleistungsortes	137
(aa) Elektronischer Vertrag über nicht digital erbrachte Dienstleistung	137
(bb) Elektronischer Vertrag über digitale erbrachte Dienstleistung	137

(3) Vereinbarung über den Erfüllungsort, Art. 5 Nr. 1 lit. b EuGVVO	139
(4) Zwischenergebnis	140
bb) Auffangtatbestand des Erfüllungsortes, Art. 5 Nr. 1 lit. a EuGVVO	141
d) Besonderer Gerichtsstand am Niederlassungsort, Art. 5 Nr. 5 EuGVVO	141
e) Gerichtsstandsvereinbarung, Art. 23 EuGVVO	142
aa) Wirksame Einigung der Parteien	143
bb) Formerfordernisse	144
cc) Gerichtsstandsklauseln in allgemeinen Geschäftsbedingungen	146
(1) Einheitsrechtliche Einbeziehungskontrolle	147
(2) Verwendung fremdsprachiger AGB	148
(3) Kollidierende Gerichtsstandsklauseln	148
(4) Zwischenergebnis	149
dd) Zwischenergebnis	149
3. Internationale Zuständigkeit nach LugÜ	149
a) Allgemeiner Gerichtsstand des Unternehmenssitzes, Art. 2 Abs. 1, 60 Abs. 1 LugÜ	150
b) Besonderer Gerichtsstand des Erfüllungsortes, Art. 5 Nr. 1 LugÜ	150
c) Gerichtsstandsvereinbarung, Art. 23 LugÜ	150
4. Internationale Zuständigkeit nach deutschem Verfahrensrecht. 150	
a) Allgemeiner Gerichtsstand des Unternehmenssitzes, §§ 12, 13, 17 ZPO	151
b) Besonderer Gerichtsstand der gewerblichen Nieder- lassung, § 21 ZPO	151
c) Besonderer Gerichtsstand des Vermögens, § 23 S. 1 Alt. 1 ZPO	152
d) Besonderer Gerichtsstand des Erfüllungsortes, § 29 ZPO	155
e) Zwischenergebnis	155
f) Gerichtsstandsvereinbarung	156
aa) Die Anwendbarkeit des § 38 Abs. 1 ZPO bei internationalen Handelsverträgen	156
bb) Die Anwendbarkeit des § 38 Abs. 2 ZPO bei elektronischen Verträgen	157
(1) Die elektronische Form des § 126a BGB bei internationalen Handelsverträgen	157
(2) Art. 17 Abs. 1 S. 2 lit. a EuGVÜ analog bei elektronischen Verträgen	158
(3) Zwischenergebnis	159
g) Schiedsvereinbarungen	159

aa) Rechtsquellen	160
(1) Deutsches Schiedsverfahrensrecht, §§ 1025 ff. ZPO	161
(2) New Yorker Übereinkommen	161
bb) Formerfordernisse	162
(1) Das Formerfordernis des Art. II NYÜ	162
(2) Das Formerfordernis des § 1031 ZPO	164
(a) Grundregel	164
(b) Schiedsvereinbarung in kaufmännischen Bestätigungsschreiben	166
(c) Schiedsklausel in allgemeinen Geschäftsbedingungen	166
(3) Zwischenergebnis	168
cc) Lokalisierungsfragen	169
5. Internationale Zuständigkeit nach US-amerikanischem Recht ..	171
a) Allgemeiner Gerichtsstand bei elektronischen Handelsverträgen	173
aa) Gründungssitz und Hauptniederlassung eines am elektronischen Geschäftsverkehr beteiligten Unternehmens	173
bb) Dauerhafte und systematische Geschäftstätigkeit im Forumstaat beim elektronischen Geschäftsverkehr	174
cc) Zwischenergebnis	177
b) Besonderer Gerichtsstand bei elektronischen Handelsverträgen	177
aa) Der „Sliding Scale“-Test aus Zippo Mfg. Co. v. Zippo Dot Com. Inc.	179
bb) Kritik und Weiterentwicklung des „Sliding Scale“-Tests	180
cc) Die Rolle des Serverstandorts	182
c) Quasi-in-rem Gerichtsstand und elektronischer Geschäftsverkehr	183
d) Besonderheiten bei ausländischen Beklagten	184
e) Gerichtsstandsvereinbarungen in elektronischen Handelsverträgen	185
f) Forum Non Conveniens, Lis Pendens und Anti-Suit Injunctions	188
g) Schiedsvereinbarungen	190
aa) Rechtsquellen	190
(1) Allgemeine Vorschriften des FAA	191
(2) New Yorker Übereinkommen und Umsetzungs- gesetz	191
(3) Panama Convention und Umsetzungsgesetz	192

bb) Formerfordernisse.....	192
cc) Lokalisierungsfragen	195
h) Zwischenergebnis.....	195
6. Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen...	196
a) Grundidee, Status und Verhältnis zu anderen Rechtsakten...	196
b) Gerichtsstandsvereinbarungen in internationalen elektronischen Handelsverträgen.....	198
c) Auswirkungen auf das europäische, deutsche und US-amerikanische Verfahrensrecht	200
II. Internationales Privatrecht	201
1. Rechtsquellen	201
2. Bestimmung des anwendbaren Rechts anhand des CISG	202
a) Anwendungsbereich	203
aa) Sachlicher Anwendungsbereich:	
Kaufvertrag über Waren	203
(1) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut	203
(2) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut	204
(a) Wareneigenschaft	204
(b) Kaufvertragscharakter des Erwerbvorgangs.....	207
bb) Persönlicher Anwendungsbereich: Niederlassung der Parteien in verschiedenen Staaten.....	210
cc) Räumlicher Anwendungsbereich: Vertragsstaatenbezug des Kaufvertrags	212
dd) Anwendungsausschluss bei Versteigerungen, Art. 2 lit. b CISG	212
b) Umfang des Vertragsstatuts und Ausschluss des CISG durch die Parteien.....	213
c) Zwischenergebnis.....	214
3. Bestimmung des anwendbaren Rechts anhand der Rom-I-VO..	214
a) Anwendungsbereich	214
b) Rechtswahl	216
aa) Wirksamkeitsvoraussetzungen	216
bb) Der Kreis des wählbaren Rechts	217
cc) Binnenmarktklausel.....	218
c) Objektive Anknüpfung.....	220
d) Bedeutung des Herkunftslandprinzips, Art. 3 Abs. 1, 2 ECRL / § 3 TMG	224
e) Anknüpfung der Vertragsform, Art. 11 Abs. 2 Rom-I-VO...	227
f) Zwischenergebnis	227
4. Bestimmung des anwendbaren Rechts nach US-amerikanischem Kollisionsrecht	228
a) Rechtswahl	229

b) Objektive Anknüpfung.....	231
c) Zwischenergebnis.....	233
III. Sachrecht	234
1. Anwendung und Auslegung des CISG bei elektronischen Verträgen.....	234
a) Ungeregelte Bereiche des CISG	234
aa) Stellvertretung, Schieds- und Gerichtsstands- vereinbarungen, allgemeine Geschäftsbedingungen, Fehlerbehandlung	236
bb) Verhältnis zum Recht des geistigen Eigentums.....	237
b) Parteiautonomie	238
c) Elektronischer Vertragsschluss.....	239
aa) Erfüllung eines Schriftform- und Unterschrift- erfordernis durch elektronische Kommunikation	239
(1) Der Vorbehalt des Art. 96 CISG.....	240
(2) Gewillkürte Form und schriftliche Erklärungen durch elektronische Kommunikation.....	241
bb) Grundregeln für den Vertragsschluss bei elektronischen Verträgen.....	242
(1) Vorliegen eines Angebots	242
(2) Wirksamwerden von elektronischen Erklärungen....	243
(a) Das technische Schichtenmodell einer elektronischen Kommunikation	245
(aa) Schichten einer internetbasierten Kommunikation	245
(α) Anwendungsschicht	246
(β) Transmission Control Protocol-Schicht.	246
(γ) Internet Protocol-Schicht	247
(δ) Hardware-Schicht.....	247
(ε) Local Area Network / Internet Access Provider-Router / NSP-Backbones	247
(bb) Schichten einer EDI-Kommunikation.....	248
(b) Folgen für das Konzept des Zugangs elektronischer Erklärungen	249
(3) Ort des Vertragsschlusses	254
(4) Berechnung einer Annahmefrist bei elektro- nischer Kommunikation	254
(5) Einbeziehung von allgemeinen Geschäfts- bedingungen bei elektronischen Verträgen.....	255
(6) Elektronische Agenten	257
d) Vertragsdurchführung bei elektronischen Verträgen.....	258
aa) Beschaffenheit der geschuldeten Leistung.....	261
(1) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut	261

(2) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut	261
(3) Elektronischer Softwarevertrag	262
bb) Erfüllungshandlung und Erfüllungsort.....	264
(1) Erfüllungshandlung des Verkäufers und Erfüllungsort.....	264
(a) Lieferpflicht.....	265
(aa) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut	265
(bb) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	266
(cc) Elektronischer Softwarevertrag	267
(α) Notwendigkeit eines Testlaufs?	267
(β) Zurverfügungstellen (Art. 31 lit. b, c CISG) bei Download oder Onlinenutzung	268
(γ) Versendung (Art. 31 lit. a CISG) bei sonstiger digitaler Übermittlung	269
(b) Erfüllungsort	269
(aa) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut	269
(bb) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	270
(cc) Elektronischer Vertrag über digital übermittelte Software.....	270
(c) Zwischenergebnis und Rechtsfolge	270
(d) Wertungsmäßige Korrektur bei Übermittlungsfehlern.....	271
(e) Möglichkeit der digitalen Übermittlung von Transaktionsdokumenten.....	272
(2) Erfüllungshandlung des Käufers und Erfüllungsort .	276
(a) Kaufpreiszahlungspflicht	276
(b) Erfüllungsort	277
(aa) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut	277
(bb) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	277
(cc) Elektronischer Vertrag über digital übermittelte Software.....	277
(dd) Zwischenergebnis	278
cc) Leistungsstörung.....	278
(1) Elektronische Mängelrüge	278

(2) Nacherfüllungsanspruch, Vertragsaufhebung und Minderung	280
(a) Nacherfüllungsanspruch.....	280
(aa) Ersatzlieferung	280
(α) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut.....	280
(β) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	281
(γ) Elektronischer Softwarevertrag über digital übermittelte Software.....	281
(bb) Nachbesserung.....	282
(b) Vertragsaufhebung	282
(c) Minderung	283
(3) Schadensersatz.....	283
e) Zwischenergebnis.....	285
2. Deutsches Sachrecht für elektronische Handelsverträge	289
a) Informationspflichten	289
aa) Rechtsquellen.....	290
bb) Allgemeine Informationspflichten	292
cc) Vertragsbezogene Informationspflichten	294
dd) Informationsdarstellung.....	295
ee) Zwischenergebnis und Rechtsfolgen.....	296
b) Parteiautonomie	296
c) Elektronischer Vertragsschluss.....	299
aa) Erfüllung von Formerfordernissen durch elektronische Kommunikation	299
bb) Grundregeln für den Vertragsschluss bei elektronischen Verträgen.....	300
cc) Vorliegen von Angebot und Annahme im elektronischen Geschäftsverkehr	300
dd) Wirksamwerden von elektronischen Erklärungen.....	302
ee) Elektronische Agenten	307
ff) Einbeziehung von allgemeinen Geschäftsbedingungen	307
gg) Rechtsscheinsvollmachten im elektronischen Geschäftsverkehr	310
hh) Behandlung von Fehlern beim Vertragsschluss.....	312
ii) Vertragsschluss bei Auktionen.....	313
(1) Auktionsarten	313
(2) Spezialgesetzliche Regelungen.....	314
(a) Börsengesetz, Wertpapierhandelsgesetz und Kreditwesengesetz.....	314
(b) Vergaberecht	316
(3) Allgemeines Vertragsrecht.....	318

jj) Zwischenergebnis	322
d) Vertragsdurchführung	323
aa) Vertragstypologische Einordnung.....	323
(1) Elektronischer Vertrag über ein physisches oder digital übermitteltes Gut.....	324
(2) Elektronischer Vertrag über digital übermittelte Software.....	324
bb) Beschaffenheit der geschuldeten Leistung.....	328
(1) Elektronischer Vertrag über ein physisches oder digital übermitteltes Gut.....	328
(2) Elektronischer Vertrag über digital übermittelte Software.....	328
cc) Erfüllungsort und Erfüllungshandlung	330
dd) Untersuchungsrecht und Testlauf.....	332
ee) Besondere Leistungspflichten bei Softwareverträgen ...	333
ff) Leistungsstörungen.....	334
gg) Einstandspflichten	337
hh) Zwischenergebnis	338
e) Vertragsbeendigung	339
3. US-amerikanisches Sachrecht für elektronische Handelsverträge	340
a) Anwendungsbereiche und Terminologie	341
aa) UETA	341
bb) E-SIGN	343
dd) UCITA	344
ee) UCC	346
b) Informationspflichten.....	348
c) Parteiautonomie.....	349
d) Notwendigkeit der Vereinbarung der Wirksamkeit elektronischer Kommunikation.....	351
e) Elektronischer Vertragsschluss.....	351
aa) Erfüllung des Schriftform- und Unterschrifts- erfordernis durch elektronische Kommunikation	351
bb) Grundregeln für den Vertragsschluss bei elektronischen Verträgen.....	354
(1) Vorliegen eines verbindlichen Angebots.....	355
(2) Wirksamwerden elektronischer Erklärungen	356
(a) Grundregeln.....	356
(b) Sonderregel des § 112 UCITA.....	358
(c) Abgabe und Zugang elektronischer Erklärungen	358
(aa) Abgabe elektronischer Erklärungen	359
(bb) Zugang elektronischer Erklärungen.....	360

(d) Die Anwendung der Mailboxrule bei elektronischen Erklärungen.....	361
(e) Wirkung einer Empfangsbestätigung.....	363
(f) Ort des Vertragsschlusses.....	363
(g) Zwischenergebnis.....	363
(3) Kongruenz von Angebot und Annahme	363
(a) Freiheit bei der Wahl des Kommunikationsmittels für die Annahmeerklärung	364
(b) Einbeziehung von allgemeinen Geschäftsbedingungen.....	365
(4) Elektronische Agenten	369
(5) Rechtsscheinsvollmachten im elektronischen Geschäftsverkehr	371
(6) Behandlung von Fehlern beim Vertragsschluss	371
(7) Speicherbarkeit der elektronischen Kommunikation	372
cc) Vertragsschluss bei Auktionen.....	372
dd) Zwischenergebnis	373
f) Vertragsdurchführung.....	375
aa) Leistungspflichten	375
bb) Leistungsverweigerungsrechte	377
cc) Leistungserbringung.....	378
(1) Erfüllungsort.....	378
(2) Erfüllungshandlung	378
(3) Untersuchungsrecht und Annahme der Leistung.....	378
(4) Wirkung der Leistungserbringung	379
dd) Besondere Leistungspflichten	380
ee) Automatische Sicherungsmaßnahmen	381
ff) Rechtsbehelfe bei Vertragsbruch	381
(1) Ablehnung der Leistung.....	382
(2) Vertragsauflösung	383
(3) Angemessene Versicherung der Leistungserbringung.....	383
(4) Schadensersatz.....	383
(a) Schadensersatzumfang	384
(b) Art des Schadensersatzes	384
(c) Haftungsbegrenzungen und Schadenspauschalierung.....	385
(5) Elektronische Selbsthilfe.....	385
gg) Zwischenergebnis	386
g) Vertragsbeendigung	387
IV. Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Urteilen	387

1. Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Urteilen durch deutsche Gerichte.....	388
a) Anerkennung und Vollstreckung von Gerichtsurteilen aus Staaten der EU.....	389
b) Anerkennung und Vollstreckung von US-amerikanischen Gerichtsurteilen	390
aa) Anerkennungszuständigkeit	391
bb) Ordre Public-Vorbehalt.....	391
cc) Gegenseitigkeit	392
c) Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Schiedsurteilen	392
aa) Anerkennungsversagungsgründe.....	393
bb) Verfahren der Vollstreckbarerklärung	393
d) Zwischenergebnis.....	395
2. Anerkennung und Vollstreckung von deutschen Urteilen durch US-amerikanische Gerichte	396
a) Anerkennung und Vollstreckung von deutschen Gerichtsurteilen	396
b) Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Schiedsurteilen	398
c) Zwischenergebnis.....	399
3. Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen...	399
V. Beweisrecht und elektronische Verträge	400
1. Deutsches Beweisrecht für elektronische Verträge.....	401
2. US-amerikanisches Beweisrecht für elektronische Verträge....	403
VI. Ergebnis	405

Kapitel 9: Skizze ökonomisch effizienter rechtlicher Regelungen für internationale elektronische Handelsgeschäfte

410

A. Akteure der Institutionenbildung und Institutionenanpassung

410

I. Das Fehlen eines Super-Leviathans und die Rolle internationaler Organisationen	410
II. Die Rolle der Staaten.....	412
1. Der Rational-Choice-Ansatz als theoretischer Bezugsrahmen für staatliches Verhalten bei internationaler Zusammenarbeit ..	412
2. Internationale Zusammenarbeit bei der Verrechtlichung des internationalen elektronischen Handelsverkehrs.....	416
III. Zwischenergebnis.....	419

<i>B. Art der rechtlichen Institution</i>	420
I. Internationales Einheitsrecht als Institution.....	421
II. Begrenztes Einheitsrecht und hybrides System	423
1. Begrenztes Einheitsrecht.....	424
2. Hybrides Rechtssystem	425
3. Bewertung	428
III. Zwischenergebnis	430
<i>C. Schaffung einer neuen rechtlichen Institution</i>	431
I. Allgemeines	431
1. Lokalisierung virtueller Geschäftsbeziehungen	432
2. (Web-)Electronic Data Interchange	435
3. Vertragstypologische Einordnung elektronischer Handelsverträge	436
4. Zwischenergebnis.....	436
II. Internationale Zuständigkeit und internationales Privatrecht.....	437
1. Gerichtsstands- und Rechtswahlvereinbarung als effizienteste Lösung	438
2. Internationale Zuständigkeit und kollisionsrechtliche Anknüpfung bei fehlender Parteivereinbarung	442
3. Schiedsverfahren	446
4. Zwischenergebnis.....	448
III. Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Urteilen	449
IV. Sachrecht.....	449
1. Privatautonomie und dispositives Vertragsrecht.....	449
2. Formvorschriften.....	451
3. Elektronischer Vertragsschluss.....	453
a) Wirksamwerden von Willenserklärungen	453
b) Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen.....	457
c) Rechtsscheinsvollmachten	459
d) Zurechnung von Kommunikationsfehlern.....	460
4. Leistungsstandards	461
5. Leistungserbringung.....	463
6. Leistungsstörung	463
7. Zwischenergebnis.....	466

Kapitel 10: Bewertung des ECC vor dem Hintergrund der Modellüberlegungen

469

A. Das ECC als begrenztes Einheitsrecht

469

<i>B. Nicht erfasste Regelungsbereiche</i>	472
<i>C. Parteiautonomie</i>	473
<i>D. Lokalisierungsfragen</i>	474
<i>E. Formfragen</i>	476
<i>F. Elektronischer Vertragsschluss</i>	478
I. Abgrenzung zwischen verbindlichem Angebot und bloßer invitatio ad offerendum	478
II. Ort und Zeit der Absendung und des Zugangs elektronischer Kommunikation	478
III. Einsatz elektronischer Agenten	480
IV. Fehlerbehandlung	480
<i>G. Verhältnis zu anderen Regelwerken</i>	481
I. Auswirkungen auf das CISG	482
II. Auswirkungen auf das New Yorker Übereinkommen und das Haager Übereinkommen über Gerichtsvereinbarungen	483
III. Auswirkungen auf das harmonisierte EU-Recht und das deutsche Recht	484
IV. Auswirkungen auf das US-amerikanische Recht	487
<i>H. Zwischenergebnis</i>	488
Kapitel 11: Zusammenfassung	490
<i>A. Veränderung der Anforderungen an rechtliche Rahmenbedingungen durch die Globalisierung der Märkte und Informatisierung von Transaktionen</i>	490
<i>B. Bestehende juristische Regelungsansätze für internationale elektronische Handelsverträge</i>	491
<i>C. Rechtliche Rahmenbedingungen und Transaktionskosten</i>	491
<i>D. Das Selbstverwaltungsmodell</i>	492
<i>E. Effizienz der bestehenden Rechtsregeln zur Reduktion von Rechtsunsicherheit</i>	493

I.	Internationale Gerichtszuständigkeit.....	493
II.	Internationales Privatrecht.....	495
III.	Sachrecht.....	496
	1. Informationspflichten.....	497
	2. Elektronischer Vertragsschluss.....	497
	3. Leistungsstandards und Leistungserbringung	499
	4. Leistungsstörung	501
IV.	Anerkennung und Vollstreckung	502
V.	Beweisrecht.....	503
<i>F. Effiziente rechtliche Regelungen für internationale elektronische Handelsverträge</i>		
		503
I.	Internationale Zusammenarbeit bei der Verrechtlichung des internationalen Handelsverkehrs.....	503
II.	Art der rechtlichen Institution	503
III.	Inhalt effizienter rechtlicher Regelungen.....	504
<i>G. Bewertung des ECC</i>		
		506
Literaturverzeichnis.....		509
 Sachregister		 537